

KURZ NOTIERT

Auto zerrissen

STADE – Das Vorderteil des Autos im Acker, das Heck auf einem Gehweg – und der Fahrer konnte das Unglücksfahrzeug wie durch ein Wunder noch selbst verlassen. Der Mann war auf einer Straße bei Stade am Montag mit einem Viehtransporter zusammengestoßen. Durch die Wucht des Aufpralls flogen die Autoteile durch die Luft. Der Fahrer sei mittelschwer verletzt worden, teilte die Polizei mit.

Verdächtiger gefasst

HANNOVER – Hinter den Schüssen auf ein Pärchen am Sonntag in Hannover steckt offenbar eine Beziehungstat. Ermittler nahmen in der Nacht zum Montag einen 28 Jahre alten Tatverdächtigen aus Hannover fest. Der Mann soll mehrfach mit einer Kleinkaliberwaffe auf einen ebenfalls 28-Jährigen und dessen gleichaltrige Begleiterin gefeuert haben.

Neue Äbtissin

HANNOVER – Rosemarie Meding ist neue Äbtissin im Kloster Marienwerder bei Hannover. Die 52-jährige Diakonin löst Christel Lehmann ab, teilte die Klosterkammer Hannover mit.

Betrunkenes Mädchen

SALZGITTER – Die Polizei in Salzgitter hat sich in der Nacht zum Dienstag um mehrere betrunkene Jugendliche kümmern müssen. Ein 16 Jahre altes Mädchen hatte so viel Alkohol getrunken, dass es in ein Krankenhaus gebracht werden musste, wie die Polizei mitteilte.

Exhibitionist flieht

GÖTTINGEN – Ein wegen sexuellen Missbrauchs von Kindern in der Forensischen Psychiatrie in Göttingen untergebrachter Mann ist geflohen. Ein anderer Patient habe den Mann gesehen, die Polizei fahnde nach ihm, teilte das Sozialministerium mit.

Kreise sollen zusammenrücken

KOMMUNALSTRUKTUR Hesse-Gutachten sieht „Stabilisierungsbedarf“ für Ammerland

Die Studie im Auftrag des Landes hat vor zwei Jahren eine Kontroverse ausgelöst. Nun liegt eine Fortschreibung vor.

HANNOVER/WESTERSTEDE/EB – Niedersachsens Innenminister Uwe Schünemann und der Verwaltungswissenschaftler Professor Dr. Joachim Jens Hesse haben eine Fortschreibung des Gutachtens „Kommunalstrukturen in Nieder-

sachsen“ vorgestellt. Das Gutachten bewertet die Zukunftsfähigkeit der Kommunen. Zu den Räumen mit „strukturellem Stabilisierungsbedarf“ rechnet Hesse jetzt laut Informationsdienst „Rundblick“ auch den Landkreis Ammerland und die Stadt Emden.

Landesweit gelten laut Gutachten 20 von 37 Landkreisen und vier von acht kreisfreien Städten als stabilisierungsbedürftig. Als Kreise mit Handlungsbedarf werden nun auch Aurich und Leer genannt.

Es handelt sich um die erste Fortschreibung des vor zwei Jahren vorgelegten Gutachtens. Einerseits wurde der Datenbestand aktualisiert. Zum anderen wurden Handlungsoptionen für die „stabilisierungsbedürftigen Räume“ – 19 Landkreise und vier kreisfreie Städte – untersucht.

Zu den strukturell zukunftsfähigen Landesteilen zählt Hesse die Landkreise Vechta und Cloppenburg, in denen Kooperationen nachrangige Bedeutung hätten.

Auch der Innenminister sieht hier laut „Rundblick“ keine Notwendigkeit zur Prüfung solcher Optionen.

Bezüglich der Gemeinde-Ebene geht Hesse davon aus, dass einige Gemeinden „um zunächst freiwillige und anschließend gelenkte Fusionen nicht herumkommen“ werden. Eine Reihe von Kommunen dürfe „nicht überlebensfähig“ sein. Von einer Gebietsreform „von oben“ und der Bildung von acht bis zwölf Großkreisen hält Hesse nichts.

Steuerzahler kritisieren Förderung

HANNOVER/DPA – Die gängige Finanzierung von politischen Jugendorganisationen in Niedersachsen ist nach Ansicht des Bundes der Steuerzahler rechtswidrig. Anlass für die Kritik ist ein Urteil des Oberverwaltungsgerichtes Berlin-Brandenburg zum Förderrechtsstreit zwischen der Linksjugend Solid und der Bundesregierung. Das Gericht hatte am 14. März entschieden, dass die Vergabepaxis des Bundes rechtswidrig ist. Das Land Niedersachsen bedient sich nach Einschätzung des Steuerzahlerbundes aber einer vergleichbaren Förderrichtlinie ohne ausreichende gesetzliche Grundlage.

SPD will Verbot der „Hells Angels“

HANNOVER/DPA – CDU, FDP und SPD im niedersächsischen Landtag wollen den Druck auf die Rockergruppe „Hells Angels“ erhöhen. Nach der Verhaftung des Chefs der Bremer „Hells Angels“ fordert die SPD in einem Antrag CDU-Innenminister Uwe Schünemann auf, auch in Niedersachsen ein Verbotverfahren einzuleiten. CDU und FDP gehen nicht ganz so weit und bitten Schünemann, kontinuierlich und weiterhin mit Nachdruck zu prüfen.

Innenministerium rügt Landkreis

GÖTTINGEN/DDP – Der Landkreis Göttingen darf die ärztliche Behandlung von Flüchtlingen nicht wie bisher beschränken. Eine Überprüfung durch das niedersächsische Innenministerium ergab, dass diese Praxis rechtswidrig war, teilte der Niedersächsische Flüchtlingsrat mit. Der Kreis hatte Flüchtlingen eine ärztliche Therapie bisher nur bei akuter Lebensgefahr sowie im Falle schwerer oder ansteckender Krankheiten erlaubt.

HEXEN FEIERN IM HARZ

Mit Hexenfesten, Umzügen und offenen Feuern haben Zehntausende Menschen im Harz die Walpurgisnacht gefeiert. Vor dem Rathaus in Schierke war diese Hexe unterwegs. Das Touristenspektakel Walpurgisnacht geht nach weit verbreiteter Ansicht auf uralte heidnische Bräuche und Aberglauben zurück. In der Nacht zum 1. Mai sollen die Hexen zum Brocken geritten sein, um sich dort am Feuer mit dem Teufel zu vergnügen. Der Hexentanzplatz bei Thale war erneut die Hochburg der Walpurgisfeiern.



BILD: DPA

Schuldenbremse: CDU sieht keine Einigung

FINANZEN Fraktionschef kündigt Änderung der Landeshaushaltsordnung an

HANNOVER/SE – Die CDU geht im Streit um eine Schuldenbremse in der Landesverfassung nicht mehr von einer Einigung mit der SPD aus. CDU-Fraktionschef Björn Thümler (Berne) kündigte eine rasche Änderung der Landeshaushaltsordnung an. Um die Schuldenbremse in einem

einfachen Gesetz zu verankern, benötigt die schwarzgelbe Koalition nicht die Stimmen der SPD.

„Wir machen da Ernst“, sagte Thümler dieser Zeitung. Das Gesetz gehe direkt in den Ausschuss. Es soll noch vor der Sommerpause vom Landtag beschlossen werden. Die

Koalition strebt ein Ende der Neuverschuldung im Haushalt bis spätestens 2017 an. Die SPD will die Kreditaufnahme erst 2020 vollständig zurückfahren. Auch bei anderen Punkten können sich Koalition und Opposition nicht einigen.

Thümler forderte die SPD

noch einmal auf, der Schuldenbremse in der Verfassung zuzustimmen. „Die SPD muss den Widerstand aufgeben.“ Alles andere sei unseriös. „Was die SPD macht, ist kommunalfeindlich“, kritisierte Thümler. Mit der CDU gebe es nur das ganze Paket oder gar nichts.

Kaffee & Kuchen

03. Juni 2012, Weser-Ems Halle.

Wir sagen es mit einem Vers ...
schön wär's, würdet ihr uns besuchen,
zu Kaffee & leckeren Kuchen.
Herzlich Willkommen!




www.mueller-egerer.de